



Die gesellschaftliche Integration und Teilhabe älterer Menschen gewährleisten

Zweite Stellungnahme zur Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans zur Bewältigung
der demografischen Herausforderungen durch die Bundesregierung

März 2005

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V.
- Geschäftsstelle Nationaler Aktionsplan -
Eifelstraße 9, 53119 Bonn
Tel.: 0228 / 24 99 93-13
E-Mail: klumpp@bagso.de
URL: www.nationaler-aktionsplan.de

Inhalt

Vorwort	2
Einleitung	4
I. Lebensbedingungen älterer Menschen verbessern	6
<i>Alternsgerechtes Wohnen</i>	7
<i>Barrierefreie Umwelt</i>	8
<i>Versorgung und soziale Infrastruktur</i>	9
<i>Freizeit-, Bildungs- und Kulturangebote</i>	10
<i>Mobilität</i>	11
<i>Sicherheit</i>	12
<i>Zusammenwirken von Akteuren</i>	13
2. Freiwilliges Engagement älterer Menschen nutzen und fördern	14
<i>Engagement fördernde Strukturen</i>	15
<i>Organisatorische Anforderungen</i>	16
<i>Anerkennung</i>	16
<i>Qualifizierung und Begleitung</i>	17
<i>Versicherungsschutz</i>	18
<i>Ausgleich von Aufwendungen</i>	18
<i>Information, Beratung und Vernetzung</i>	19
<i>Konkretisierung und Umsetzung von Erkenntnissen</i>	19
3. Politisches Engagement und gesellschaftliche Interessenvertretung älterer Menschen nutzen und fördern	20
<i>Mitwirkung in politischen Parteien</i>	21
<i>Seniorenverbände als politische Akteure</i>	21
<i>Mitwirkung in Seniorenvertretungen</i>	22
<i>Altenparlamente</i>	23
<i>Neue Formen der Teilhabe</i>	23
Schlussbemerkung	24
Anhang	25

Vorwort

Auf der Basis des 2. Weltaltensplans vom April 2002 und der Regionalen Implementierungsstrategie vom September 2002 hat sich die Bundesregierung verpflichtet, einen „Nationalen Aktionsplan zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen“ zu erarbeiten und umzusetzen. Die Federführung für die Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans liegt beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) hat den Auftrag, die Mitwirkung der Nichtregierungsorganisationen bei der Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans zu koordinieren.

Zum 1. Juli 2003 hat die BAGSO dazu eine Geschäftsstelle „Nationaler Aktionsplan“ eingerichtet. In einem ersten Schritt wurde eine Expertengruppe einberufen, in der nichtstaatliche Institutionen sowie Wissenschaftler vertreten sind, die ebenso wie die BAGSO am bisherigen Entwicklungsprozess mitgewirkt haben:

- Roswitha Verhülsdonk (Vorsitzende) / Dr. Erika Neubauer, Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO)
- Dr. Jonathan I. Fahlbusch / Dr. Irina Pfützenreuter, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
- Klaus Großjohann, Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA)
- Prof. Dr. Andreas Kruse, Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg
- Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr, Deutsche Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie (DGGG)
- Prof. Dr. Gerhard Naegele, Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund
- Prof. Dr. Wolf D. Oswald, Institut für Psychogerontologie an der Universität Erlangen-Nürnberg
- Prof. Dr. Clemens Tesch-Römer / PD Dr. Hans-Joachim von Kondratowitz, Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA)

Eine von dieser Expertengruppe erarbeitete übergreifende Stellungnahme von März 2004 benennt die wichtigsten Themen für den Nationalen Aktionsplan. Ein zentrales Anliegen muss demnach sein, die Potenziale des Alters bewusst zu machen und zu nutzen. Im Einzel-

nen geht es darum, ein realistisches Bild des Alters zu vermitteln, die notwendigen Voraussetzungen für die Teilhabe älterer Menschen zu schaffen und zu sichern, insbesondere ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, ihre Wirtschaftskraft stärker zu nutzen und – nicht zuletzt – Lebensqualität im Alter sicherzustellen. – Das Dokument dient als Grundlage für die weiteren Beiträge der Zivilgesellschaft zu dem Nationalen Aktionsplan.

Schwerpunktthema des Jahres 2004 war die gesellschaftliche Integration und Teilhabe älterer Menschen. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von 43 Mitgliedsverbänden sowie zahlreicher weiteren Organisationen (siehe Anhang) veranstaltete die BAGSO drei Foren, deren Ergebnisse in das vorliegende Papier eingeflossen sind. Wir danken allen, die sich aktiv an den Veranstaltungen beteiligt haben. Besonderer Dank gilt außerdem den Mitgliedern der Expertengruppe „Nationaler Aktionsplan“ für ihre Unterstützung bei der Erarbeitung dieser zweiten Stellungnahme.

Einleitung

Der demografische Wandel stellt unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen, die nur bewältigt werden können, wenn auch die älteren Menschen ihre Potenziale einbringen.¹ Dazu müssen die Bedingungen für die gesellschaftliche Integration und Teilhabe älterer Menschen verbessert werden.

Die gesellschaftliche Integration und Teilhabe wird ganz wesentlich durch die Lebensbedingungen älterer Menschen bestimmt. Dazu gehört – neben dem grundlegenden Erfordernis sozialer Sicherheit – vor allem die Gestaltung der Wohnung und des unmittelbaren Wohnumfelds. Eine Umwelt, die eine aktive Lebensführung begünstigt, ist Voraussetzung dafür, dass sich ältere Menschen in die Gesellschaft einbringen. Möglichkeiten hierfür bietet – neben der Erwerbsarbeit² – vor allem das freiwillige Engagement, also die ehrenamtliche Tätigkeit im sozialen, kirchlichen oder kulturellen Bereich. Integration und Teilhabe kann aber auch auf der politischen Ebene sowie im Sektor der gesellschaftlichen Interessenvertretung stattfinden.

Um die Bereitschaft der Gesellschaft, älteren Menschen ein größeres Maß an gesellschaftlicher Teilhabe einzuräumen, zu fördern, bedarf es der Vermittlung eines realistischen Altersbildes. Dieses muss die unterschiedlichen Fähigkeiten, Interessen und Bedürfnisse älterer Menschen berücksichtigen. Neben Differenzierungen nach dem Geschlecht, der Kohortenzugehörigkeit und dem Gesundheitszustand sind insbesondere auch solche nach dem kulturellen Hintergrund und dem sozioökonomischen Status zu beachten.

Zur Vermittlung eines realistischen Altersbildes gehört weiterhin auch, den Beitrag der älteren Generation für das Gemeinwesen zutreffend darzustellen und zu würdigen. Dies ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, auch die Medien sind gefordert, die umfangreichen Leistungen Älterer in Familie und Gesellschaft durch eine angemessene Berichterstattung wirklichkeitsgetreu abzubilden. Dies wird auch dazu beitragen, dass das Selbstbewusstsein der Älteren weiter zunimmt.

¹ Dementsprechend steht der in Arbeit befindliche 5. Altenbericht der Bundesregierung unter dem Titel „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft - Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“.

² Auf die notwendige Integration älterer Menschen in den Arbeitsmarkt haben wir in unserer Stellungnahme vom März 2004 hingewiesen.

Die Einbeziehung der Altenhilfe in das Sozialgesetzbuch XII (bzw. ursprünglich in das Bundessozialhilfegesetz) ist mit Ausschlag gebend dafür, dass Altenpolitik in Deutschland bisher vor allem als soziale Aufgabe verstanden wird. Auch auf der gesetzlichen Ebene sollte daher die aktive Rolle der Älteren zum Ausdruck kommen und gefördert werden.

I. Lebensbedingungen älterer Menschen verbessern

Die Lebenslage älterer Menschen gestaltet sich sehr unterschiedlich. Während die durchschnittliche Einkommenssituation der Haushalte von 65 bis 74-Jährigen nicht von den übrigen Haushalten abweicht, verfügen allein lebende ältere Senioren und – in noch stärkerem Maße – allein lebende Seniorinnen über ein unterdurchschnittliches Einkommen. Regionale Unterschiede müssen dabei beachtet werden: Mit den geringsten Monatseinkommen müssen allein lebende Frauen im Alter von 65 bis 74 Jahren in Ostdeutschland auskommen. Bei allen Maßnahmen zur Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an die demografische Entwicklung muss darauf geachtet werden, dass diese Unterschiede nicht noch weiter anwachsen.³

Neben der materiellen Situation ist ein gesundes Altwerden von entscheidender Bedeutung für eine aktive Teilhabe älterer Menschen. Hier ist zunächst an die Eigenverantwortung der Bürger zu appellieren: Gesunde Ernährung, körperliche und geistige Aktivität sowie Sozialkontakte sind notwendig, damit Fähigkeiten und Fertigkeiten erhalten bleiben. Prävention ist aber auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Vor allem die Kommunen müssen die Infrastruktur bereitstellen, um eine gesunde Lebensführung zu ermöglichen. Die lokale Gesundheitsförderung für Ältere ist in Deutschland kaum entwickelt.

Besondere Herausforderungen ergeben sich aus der Veränderung der Siedlungsstruktur, speziell durch den Fortzug junger Menschen – überwiegend sind es Frauen – aus dem ländlichen Raum. In ländlichen Kreisen Ostdeutschlands kommen teilweise nur noch 80 Frauen im Alter zwischen 18 und 29 auf 100 gleichaltrige Männer.⁴ Diese Binnenwanderung verstärkt die demografische Entwicklung in den betreffenden Regionen.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt das Leben älterer Migrantinnen und Migranten, deren Anteil überproportional wächst. Ihre spezifischen Bedürfnisse müssen in Zusammenarbeit mit den relevanten Organisationen vor Ort ermittelt werden. Klar ist: Vor dem Hintergrund, dass etwa 80 % der Migranten ihren Lebensabend in Deutschland verbringen bzw. verbringen

³ Alarmierend ist insoweit die Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Situation der Geburtsjahrgänge 1940 bis 1954 in den neuen Bundesländern: Für 66 % der im Jahr 2004 Befragten war die wirtschaftliche Lage vor fünf Jahren besser und 63 % vermuten, dass sich die Lage für sie in den nächsten fünf Jahren (weiter) verschlechtert. Siehe Haupt/Liebscher, Sozialreport 50+ 2005: Daten und Fakten zur sozialen Lage 50- bis unter 65-Jähriger in den neuen Bundesländern, 2005.

⁴ Siehe ausführlich Kröhnert/van Olst/Klingholz, Deutschland 2020 – die demografische Zukunft der Nation, 2004.

werden⁵, muss Integration über das Berufsende hinaus gefördert werden; die Einbeziehung der Migrantinnen ist dabei eine besondere Herausforderung. Beispielhaft ist die von mehr als 60 Verbänden und Institutionen getragene „Kampagne für eine kultursensible Altenhilfe“, mit der Dienste und Einrichtungen dabei unterstützt werden, ihre Angebote auf die Bedürfnisse älterer Migrantinnen und Migranten auszurichten; gleichzeitig sollen Altenhilfe und Migrationssarbeit miteinander vernetzt werden. Die wiederholt formulierte „interkulturelle Öffnung der Altenhilfe“ wird allerdings nur als Teil einer grundsätzlichen Modernisierung der Altenhilfe Erfolg haben.⁶

Das Thema „Alt werden in der Fremde“ betrifft aber auch viele Deutsche, die nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben – häufig ohne Kenntnisse der jeweiligen Landessprache – ihren Wohnsitz nach Spanien, in die Türkei oder in ein anderes Land verlegt haben. Daraus können sich soziale Probleme ergeben, die es erforderlich machen, Beratungsstrukturen vor Ort, insbesondere in den deutschen Hilfsvereinen, auf- und auszubauen.⁷ Eine gewisse Bereitschaft, sich der fremden Kultur zu öffnen, muss vorausgesetzt werden. – Insgesamt muss es darum gehen, eine europäische Perspektive für das Thema „Ältere Migranten“ zu entwickeln.

Besonderen Handlungsbedarf sehen wir im Bereich des Wohnens im Alter sowie bei der Anpassung des Wohnumfelds an die Bedürfnisse Älterer. Zu letzterem gehören die Schaffung einer barrierefreien Umwelt, eine bedürfnisorientierte Infrastruktur, Freizeit-, Bildungs- und kulturelle Angebote sowie Mobilität und Sicherheit. Dabei müssen die relevanten Akteure zusammenwirken.

Alternsgerechtes Wohnen

Die Förderprogramme für die Anpassung von Wohnraum müssen überarbeitet werden. Ziel ist eine uneingeschränkte Nutzungsmöglichkeit in den verschiedenen Lebensphasen. Um ein Umdenken zu fördern, müssen die sich aus der Alterung ergebenden Konsequenzen für das

⁵ So die Einschätzung der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen. Zitiert nach Zeman, Ältere Migrantinnen und Migranten in Berlin. Expertise im Auftrag der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, 2004, S. VI.

⁶ Siehe hierzu ausführlich Zeman, Ältere Migrantinnen und Migranten in Berlin. Expertise im Auftrag der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, 2004.

⁷ Ein entsprechendes Projekt wird von der BAGSO und dem Evangelischen Seniorenwerk in Zusammenarbeit mit der Deutschen Botschaft in Madrid durchgeführt.

Wohnen in die Aus- und Weiterbildung von Architekten, Ingenieuren und anderen relevanten Berufen einfließen.

Wohn- und Betreuungsformen für ältere Menschen, wie Wohnen in Gemeinschaft, Betreutes Wohnen oder betreute Wohngemeinschaften, müssen gefördert werden.

Schließlich bedarf es mehr Information und Beratung zum „Wohnen im Alter“. Forschungsergebnisse und Modellbeispiele sollten zusammengestellt, gebündelt und veröffentlicht werden, um einem breiten Publikum bekannt zu werden und zu zeigen, welches umfangreiche Spektrum an Möglichkeiten bereits existiert, aber dringend der Verbreitung bedarf, um wirklich genutzt zu werden. Die emotionalen Aspekte des Themas, insbesondere die Angst vieler Menschen vor Einsamkeit im Alter, sind zu berücksichtigen. So stößt eine Beratung durch Altersgenossen häufig auf größere Akzeptanz.

Barrierefreie Umwelt

Ebenso wie in den Wohnungen muss auch im Wohnumfeld für Barrierefreiheit gesorgt werden. Positive Entwicklungen sind vor allem im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs zu verzeichnen. So ist das Ein- und Aussteigen durch die Einführung der sog. Niederflersysteme und die entsprechende Gestaltung der Haltestellen auch für gehbehinderte Menschen vielerorts deutlich erleichtert worden. Es besteht aber auch noch Handlungsbedarf. So erschweren z. B. fehlende Lifte und Rampen nicht nur behinderten Menschen den Zugang zu öffentlichen Gebäuden; auch vielen älteren Menschen bereitet das Treppensteigen Probleme. Auch sind Orientierungshilfen in öffentlichen Gebäuden erforderlich.

Die Kommunen sollten die Vergabe öffentlicher Mittel zur Entwicklung der Infrastruktur an bestimmte Bedingungen zur Herstellung von mehr Barrierefreiheit knüpfen. Bestehende rechtliche Regelungen, z. B. aus dem Bundesgleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen, die auf genau diese Inhalte zielen, müssen besser bekannt gemacht und vor allem angewendet werden.

Barrieren ergeben sich auch durch eine zunehmende Verfremdung der Umwelt. Für die heutige Rentnergeneration gilt das zum Beispiel für schwer zu bedienende Automaten, Computer-Ansagen oder Anglizismen.

Bei der notwendigen Anpassung des Wohnumfelds geht es aber nicht nur um Barrierefreiheit; die Umwelt soll eine selbständige, gesunde und aktive Lebensführung unterstützen. Neben spezifischen Angeboten für Ältere ist ein Miteinander der Generationen zu gewährleisten; die Integration von Jung und Alt muss eine Maxime der Stadtentwicklung werden.

Versorgung und soziale Infrastruktur

Um eine möglichst lange selbständige Lebensführung zu gewährleisten, muss die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs gesichert sein. Ebenso sind wohnortnahe Dienstleistungsangebote (Ärzte, Sparkassen, Post, Gaststätten, etc.) erforderlich. Die Ansiedlung von Einkaufszentren an den Stadträndern führt zu einer „Entleerung“ vieler Innenstädte. Noch stärker betroffen ist der ländliche Raum, wo die Infrastruktur mehr und mehr zusammenbricht. In vielen Dörfern gibt es weder Lebensmittelgeschäfte noch Ärzte oder Apotheken. Hier ist zunächst der ÖPNV gefordert, Menschen in die benachbarten Gemeinden zu befördern, wo sie entsprechende Angebote vorfinden. Wenn auch dies nicht möglich ist, müssen Fahrdienste organisiert werden. Eine Alternative sind Bring- und Holdienste (Beispiel: „Rollender Supermarkt“). Neben der Politik appellieren wir dabei auch an die Verantwortung der Wirtschaft. Schließlich muss auch der Verbraucher seine Einflussmöglichkeiten nutzen.

Bei der stetig wachsenden Zahl von Einpersonenhaushalten muss beispielsweise überlegt werden, wie die Zustellung von Gütern organisiert werden kann. Wie in anderen Bereichen ist auch hier Erfindergeist erforderlich.⁸

Wesentlich für die aktive Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben ist weiterhin eine ausreichende, ihren Bedürfnissen angepasste Infrastruktur. Vor allem auf dem Land werden sich daher Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfeorganisationen und private Anbieter verstärkt um die Versorgung hilfebedürftiger Menschen kümmern müssen. Gefragt

⁸ Durch die demografische Entwicklung wächst das Interesse der Wirtschaft an älteren Verbrauchern. Siehe dazu ausführlich BAGSO (Hrsg.), Nutzergerechte Produkte & Dienstleistungen – Service für Ältere? Dokumentation von zwei Workshops, Dezember 2004.

sind vor allem hauswirtschaftliche Dienste, Alltagshilfen (z. B. Mobilitätshilfen), Beratung, Vermittlung, case management, Kommunikations- und kontaktsichernde Hilfen (insb. für Alleinstehende), gruppenspezifische (alternative) Wohnangebote, Hilfen für (ältere) Menschen mit Behinderungen, Dienste für ältere Migrantinnen und Migranten sowie vielfältige Angebote im Bereich von Gesundheitsversorgung und Pflege einschließlich der Unterstützung pflegender Angehöriger.⁹

Es müssen Versorgungskonzepte entwickelt und gefördert werden, die auf Integration und Kleinräumigkeit setzen, damit soziale Nähe entstehen kann. Auch selbst organisierte Angebote wie Begegnungstätten und Seniorenbüros müssen unterstützt werden. In solchen Zusammenhängen entstehen Netzwerke, die bei der Bewältigung des Alltags helfen, bei fortschreitendem Alter und eingeschränkter Mobilität den Kontakt zur Gemeinschaft erhalten und damit der von vielen befürchteten Einsamkeit vorbeugen.

Freizeit-, Bildungs- und Kulturangebote

Die Kommunen müssen Freizeitmöglichkeiten für Senioren anbieten. Dazu gehören Sportangebote, Warmbadetage in Schwimmhallen, Volkshochschulkurse, etc. Bildungsangebote müssen neben der Wissensvermittlung auch zur Bewältigung des Alltags beitragen und soziale Kontakte fördern. Dem gegenwärtigen Trend, freiwillige Leistungen der Altenhilfe aus finanziellen Gründen zu streichen, ist zumindest durch eine verstärkte Förderung von Selbsthilfestruckturen entgegenzuwirken.

Checklisten für einen seniorenfreundlichen Tourismus finden sich in einem 2002 vom Deutschen Tourismusverband zusammen mit der BAGSO herausgegebenen Ratgeber. Empfehlungen reichen von der Beseitigung von Stolperfallen bis zur Berücksichtigung individueller Wünsche bei der Portionierung von Speisen und Getränken.

Ältere Menschen müssen auch Zugang zu kulturellen Angeboten haben. Dies ist, speziell für die auf dem Land lebenden Älteren, in erster Linie eine Frage der Erreichbarkeit und Bezahlbarkeit der Angebote. Wünschenswert ist darüber hinaus ein verstärktes Aufgreifen von

⁹ Siehe hierzu ausführlich: Abschlussbericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Demographischer Wandel“, 2002, S. 609 ff.

Themen, die den Interessen Älterer entsprechen, durch die Medien. Dazu braucht es eine Vertrautheit der Medien mit dem Erleben des Alters. Es ist deshalb wichtig, Strategien für eine kontinuierliche Beteiligung Älterer an der Gestaltung von Medieninhalten zu entwickeln. Bei den öffentlich-rechtlichen Medien ergibt sich aus dem Grundversorgungsauftrag sogar eine Verpflichtung, allen Zielgruppen gerecht zu werden.

Mobilität

Eine selbständige Lebensführung bedingt, dass man sich nicht nur mit Lebensmitteln und anderen Gütern versorgen, sondern auch soziale Kontakte pflegen oder kulturelle Veranstaltungen besuchen kann. Mobilität im Alter bedeutet deshalb nicht nur Lebensqualität, sondern ist ein ganz wesentliches Erfordernis für gesellschaftliche Teilhabe.

Ältere Menschen legen, auch wenn der Anteil der älteren Autofahrer kontinuierlich steigt, etwa die Hälfte ihrer Wege als Fußgänger zurück. Hier gibt es in den Städten und Gemeinden erheblichen Handlungsbedarf. Das fängt bei der Gestaltung von Fußwegen und Straßenüberquerungen an. Fußwege müssen zumindest so breit sein, dass zwei Personen nebeneinander gehen können. Zu überdenken ist auch die Einteilung von Bürgersteigen in Fuß- und Radwege. Ebenso sollte darüber nachgedacht werden, den Abstand zwischen Kreuzungen und Fußgängerüberwegen zu vergrößern. Mehr Zebrastreifen sind erforderlich und Ampelphasen müssen ausreichend lang sein. Ampeln mit deutlich hörbaren akustischen Signalen ermöglichen nicht nur blinden Menschen das Überqueren einer Straße, sondern geben auch älteren Menschen Sicherheit, die Lichtsignale auf der anderen Straßenseite nicht mehr so gut erkennen können. Abgesenkte Bordsteinkanten erleichtern nicht nur Benutzern von Rollstühlen das Überqueren einer Fahrbahn. Davon profitieren auch Mütter mit Kinderwagen oder eben in ihrer Mobilität eingeschränkte ältere Menschen. Gerade in Innenstädten müssen Sitzgelegenheiten und öffentliche Toiletten vorhanden sein, die auch für behinderte Menschen leicht zu erreichen sind.

Vor Behörden oder Arztpraxen müssen Besucherparkplätze zur Verfügung stehen, vor Briefkästen muss man zumindest für kurze Zeit halten können. In Parkhäusern sollten, ebenso wie auf Bahnhöfen, Aufzüge eine Selbstverständlichkeit sein.

Im öffentlichen Personennahverkehr müssen Linienführung und Fahrpläne nicht nur auf die Bedürfnisse der Berufstätigen, sondern auch auf die Bedürfnisse älterer Menschen abgestimmt werden. Seniorenvertretungen oder andere relevante Organisationen sind daran zu beteiligen. Nicht nur, aber vor allem im ländlichen Raum sollten Sammeltaxis eingesetzt werden.

Die nicht standardisierten Fahrkartenautomaten sind selbst für technisch versierte Menschen nur schwer zu bedienen. Für Blinde und Sehbehinderte ist es praktisch unmöglich, Fahrscheine ohne fremde Hilfe zu lösen, solange Fahrkartenautomaten nicht mit Sprachfunktionen ausgestattet werden. Auch die Tarifstrukturen sind meist nur schwer zu durchschauen. Eine vereinfachte Benutzung kann durch die Einführung von Seniorentickets erreicht werden. Zur Ausbildung von Busfahrerinnen und Busfahrern sollte gehören, dass erst angefahren werden darf, wenn ältere oder behinderte Menschen Platz genommen haben.

Auf Bahnhöfen und Flughäfen sind funktionierende Rolltreppen erforderlich. Durchsagen über Lautsprecher müssen verständlich sein. Der fortschreitende Abbau von Fahrkartenschaltern und Servicecenters schränkt ältere Menschen erheblich in ihrer Mobilität ein. An den bestehenden Freifahrtregelungen für Blinde und Sehbehinderte muss unbedingt festgehalten werden. Wenig kundengerecht ist in der Regel auch die Gestaltung der Fahrpläne. Neben der zu kleinen Schrift sind sie teilweise zu hoch aufgehängt. Das gilt erst recht für die kaum lesbaren Platzreservierungsschilder in den Zügen der Deutschen Bahn. Auf Ansagen über Umsteige- und Anschlussmöglichkeiten wartet man nicht selten vergeblich. Auch für die Gepäckaufbewahrung in Zügen muss eine bessere Lösung gefunden werden.

Schließlich muss der öffentliche Personenverkehr auch bezahlbar bleiben, um die Teilhabe aller in einer mobilen Gesellschaft zu gewährleisten. Aufgrund der Wechselwirkung zwischen Mobilität und selbständiger Lebensführung ist dies nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll.

Sicherheit

Die über 65-Jährigen sind die einzige Gruppe, für die im Jahre 2003 mehr Verkehrstote registriert wurden (plus 7 %). Vor allem unter den getöteten Fußgängern und Radfahrern sind

überproportional viele Ältere; etwa jeder zweite getötete Fußgänger oder Radfahrer ist 65 Jahre oder älter. In einer gemeinsamen Kampagne von Polizei, Medien, Verkehrs- und Seniorenverbänden sollte über besondere Gefahren aufgeklärt werden. Auf kommunaler Ebene müssen Gefahrenpunkte erkannt und für Abhilfe gesorgt werden – bis hin zur konsequenten Ahndung rücksichtsloser Verhaltensweisen. So müssen z. B. Zebrastreifen ihrer Funktion gerecht werden.

Die Angst vieler älterer Menschen, Opfer von Kriminalität zu werden, ist ernst zu nehmen, damit sie sich nicht zurückziehen, auf Mobilität verzichten und dadurch eher Hilfe benötigen. Insbesondere sind Konzepte einer präsenten, bürgernahen Polizei zu verwirklichen. Das Modell des Schutzmanns als Ansprechpartner auf der Straße könnte wiederbelebt werden. Aber auch verhältnismäßig kleine Maßnahmen, wie die Verbesserung der Straßenbeleuchtung, können den Eindruck der Sicherheit erhöhen. Unzumutbar ist in aller Regel die Benutzung von Unterführungen.

Zusammenwirken von Akteuren

Die zuvor genannten Maßnahmen können nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn alle relevanten Akteure daran mitwirken. Kommunen, Unternehmen und Seniorenvertreter müssen gemeinsam mit den älteren Menschen Verbesserungsvorschläge ausarbeiten, die in Stadtentwicklungskonzepte einfließen.

Die politischen Akteure – auch und vor allem auf der kommunalen Ebene – müssen zudem erkennen, dass Politik für ältere Menschen Ressort übergreifend stattfinden muss. So ist es notwendig, die Seniorenpolitik mit der Städteplanung, aber auch mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu koppeln.

2. Freiwilliges Engagement älterer Menschen nutzen und fördern

Die Motive von Seniorinnen und Senioren, sich ehrenamtlich zu engagieren, sind vielfältig: Solidarität und Verantwortungsbewusstsein, die Weitergabe von Wissen und Erfahrungen, die Suche nach sozialem Kontakt, der Wunsch, sich neue Erlebniswelten zu erschließen oder einfach das für die eigene Lebenszufriedenheit wichtige Gefühl, gebraucht zu werden. Es geht also nicht mehr ausschließlich darum, etwas für andere zu tun, sondern auch, für sich selbst etwas zu tun.

Bevorzugte Tätigkeitsfelder sind vor allem die Bereiche Sport und Bewegung, Kirche, Soziales, Freizeit und Geselligkeit, Kultur, Weiterbildung, politisches Engagement und die Weitergabe von Kompetenzen und Erfahrungen.

Im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeit leisten ältere Menschen einen unverzichtbaren Beitrag für das Funktionieren unseres Sozialstaats. Von den umfangreichen Leistungen, die Ältere für Kinderbetreuung und Pflege oder in finanzieller Form gegenüber der nachwachsenden Generation erbringen, ganz zu schweigen. Ehrenamtliche Tätigkeit im Sinne eines freiwilligen, nicht auf Entgelt abzielenden gesellschaftlichen und sozialen Engagements darf und kann aber kein Ersatz für bezahlte Arbeit sein.

Klar ist: Ehrenamtliches Engagement ist unabhängig von der demografischen Entwicklung notwendig. Es hat vielfältige Funktionen für die Älteren selbst, vor allem aber für die Gesellschaft. Die Ergebnisse des 2. Freiwilligensurvey 2004 dokumentieren ein wachsendes Interesse älterer Menschen an freiwilligem Engagement. So wurde – verglichen mit den Daten von 1999 – in der Altersgruppe der 56- bis 65-Jährigen eine Zunahme des Engagements um 6 %, in der Gruppe der 66- bis 75-Jährigen um 5 % festgestellt. Das Engagementpotenzial insbesondere der jüngeren Alten ist damit aber keineswegs ausgeschöpft. Es bleibt deshalb bei der Feststellung: Nur wenn die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessert werden, können die Chancen, die sich aus der demografischen Entwicklung ergeben, nachhaltig genutzt werden.¹⁰

¹⁰ In den vergangenen Jahren konnten dazu zahlreiche Erkenntnisse gesammelt werden. Beispielhaft zu nennen sind der von der BAGSO herausgegebene „Leitfaden zur Arbeit mit Freiwilligen“, der 850-seitige Abschlussbericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ sowie Veröffentlichungen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Engagement fördernde Strukturen

Im Zuge des allgemeinen Wandels unserer Gesellschaft hat sich auch eine neue Form des Ehrenamtes entwickelt: Seniorinnen und Senioren verlangen nach mehr Selbstbestimmung und Selbstorganisation in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit. Auch sollen sich die Strukturen des nachberuflichen Engagements von denen des Arbeitslebens deutlich unterscheiden. Zeitlich weniger verpflichtende, projektorientierte und abwechslungsreiche Aufgabenfelder werden häufig bevorzugt. Auf der anderen Seite stellen die Seniorinnen und Senioren – in Anbetracht ihrer Erfahrungen aus dem Arbeitsleben und aufgrund der eigenen wirtschaftlichen Situation – zunehmend höhere Ansprüche an die räumliche und finanzielle Ausstattung der Engagementbereiche.

Diese Entwicklung muss von staatlicher Seite begleitet werden. In diesem Sinn müssen Engagement fördernde Strukturen wie z. B. Seniorenbüros oder Freiwilligenbörsen auf- und ausgebaut werden. Aber auch die traditionellen Organisationen müssen sich den neuen Anforderungen anpassen. Dies bedingt in erster Linie mehr Flexibilität. Die Aufgabenzuschreibung muss sich inhaltlich und zeitlich an den Interessen der Freiwilligen orientieren. Außerdem geht es um ein gleichberechtigtes und partnerschaftliches Miteinander von Haupt- und Ehrenamtlichen.

Eine nachhaltige Förderung von Strukturen, die ehrenamtliches Engagement aktivieren, muss sichergestellt werden; dabei sollte die Finanzierungsverantwortung auf mehrere Schultern (Bund, Länder, Kommunen, gemeinnützige Organisationen, etc.) verteilt werden. Zum Teil haben die Kommunen bereits erkannt, dass sich der Aufbau Engagement fördernder Strukturen langfristig auszahlt.

Geschlechtsspezifischen Unterschieden im ehrenamtlichen Engagement sollte entgegen gewirkt werden. Aufbauend auf lebenslangen berufsspezifischen Arbeitsprägungen der Männer und geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen der Frauen wurden die praktischen sozialen Tätigkeiten in der Vergangenheit ganz überwiegend von Frauen ausgeübt, während Männer eher Verwaltungstätigkeiten übernahmen. Diese Verteilung ist auch heute noch anzutreffen. Die stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen über den Lebenslauf hinweg und weniger bere-

chenbare Karrieremuster für Männer werden solche Polarisierungen nach und nach auflösen und damit Gelegenheit für ein weniger rollenfixiertes Engagement der Geschlechter bieten.

Projekte und Initiativen, die älteren Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit geben, sich mit ihren spezifischen Kompetenzen für das Gemeinwohl zu engagieren, sind bislang nur in Einzelfällen zu finden. Insoweit bedarf es der Entwicklung eines breiten Spektrums von Angeboten und Möglichkeiten durch Kommunen und Verbände.

Untersuchungen haben gezeigt, dass sich Menschen vor allem dann ehrenamtlich engagieren, wenn sie dies bereits in früheren Lebensphasen getan haben. Es ist deshalb unbedingt notwendig, allen Altersgruppen Raum für gesellschaftliches Engagement zu geben. Generationenübergreifende Projekte haben einen besonderen Stellenwert und müssen entsprechend gefördert werden.

Organisatorische Anforderungen

Um ein dauerhaftes Engagement sicherzustellen, bedarf es einer klaren Einbindung der Ehrenamtlichen in die jeweilige Organisationsstruktur. Voraussetzungen dafür sind ein einführendes Gespräch zur Klärung der gegenseitigen Erwartungen, der Motivation und der Eignung, eine präzise Beschreibung der Aufgaben, die gemeinsame Festlegung von Einsatzzeiten und eine Einarbeitungsphase. Entscheidend kommt es auch auf das Verhältnis von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an. Aufgaben und Verantwortlichkeiten müssen festgelegt, aber flexibel gehandhabt werden. Ein ständiger Informationsaustausch muss gewährleistet sein.

Anerkennung

Die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Verbänden und Medien. Immaterielle Leistungen stehen dabei im Vordergrund. Von Seiten der Organisationen geht es vor allem darum, die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleichberechtigt in die jeweiligen Strukturen einzubinden. Diese Gleichberechtigung manifestiert sich in der Teilnahme an Mitarbeiterbesprechungen, Betriebsausflügen oder Weihnachtsfeiern, in der Bestätigung geleisteter Tätigkeiten und erworbener Qualifikationen

usw. Von staatlicher Seite spielt die Verleihung von Verdienstkreuzen u. ä. als traditionelle Form der Anerkennung für viele Engagierte nach wie vor eine wichtige Rolle. Es müssen aber – entsprechend der Weiterentwicklung ehrenamtlicher Tätigkeiten – auch neue Formen der Anerkennung entwickelt werden. Beispiele sind der „Ehrenamtspass“ in Nordrhein-Westfalen oder die „E-Card“ in Hessen, deren Inhaber bestimmte Vergünstigungen in städtischen Einrichtungen erhalten. Auch ein „Tag des Ehrenamts“, wie er z. B. in Kommunen begangen wird, ist eine wirksame Form der Anerkennung.

Qualifizierung und Begleitung

Qualifizierung kann und soll zu einer aktiven und selbst bestimmten Lebensgestaltung beitragen. Dazu zählt zunächst die Qualifizierung zur Vorbereitung auf ein freiwilliges Engagement.¹¹ Außerdem gibt es Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote für bereits Engagierte.¹² Die ehrenamtlich Engagierten müssen sich persönlich angesprochen fühlen und es muss Zeit zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch sein; es geht auch um die persönliche Weiterentwicklung. Gerade mehrtägige Weiterbildungsveranstaltungen können den zusätzlichen Effekt der „Selbstpflege“ haben.

Um entsprechende Qualifizierungsangebote in angemessenem Umfang zur Verfügung stellen zu können, brauchen die sozialen Organisationen dauerhaft die Unterstützung von Bund, Ländern und Kommunen. Durch die Vernetzung von Angeboten können die Kosten erheblich gesenkt werden. Die Ermöglichung der Teilnahme an Qualifizierungen ist auch eine Form der Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements.

Eine kontinuierliche Begleitung der freiwillig Engagierten trägt dazu bei, Überforderung und Frustration zu vermeiden. Dazu müssen Ansprechpartner benannt und regelmäßige Zusammenkünfte organisiert werden. Nicht zu unterschätzen ist die Notwendigkeit, Hauptamtliche im Umgang mit ehrenamtlich Tätigen zu schulen. Hier müssen verschiedene Konzepte für unterschiedliche Bereiche der Zusammenarbeit entwickelt werden. Das Thema „Ehrenamt“ sollte zudem in die Ausbildungsordnungen sozialer und anderer relevanter Berufe einfließen.

¹¹ Beispielhaft dafür steht das vom BMFSFJ geförderte Modellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen – EFI“. In 35 Kommunen werden rund 1.000 Seniorinnen und Senioren darin ausgebildet, ihr Wissen und ihre Erfahrungen ehrenamtlich in vorhandene oder neu zu schaffende Strukturen einzubringen.

¹² In dem Projekt „Seniorenverbände im Modernisierungsprozess“ hat die BAGSO Fortbildungsseminare für Haupt- und Ehrenamtliche mit Führungsaufgaben entwickelt.

Versicherungsschutz

Staat und private Organisationen stehen gemeinsam in der Pflicht, für einen angemessenen Versicherungsschutz der ehrenamtlich Engagierten zu sorgen. Die zum 1. Januar 2005 in Kraft getretene Erweiterung des gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes insbesondere für gewählte Ehrenamtliche ist ein Schritt in die richtige Richtung. Trotzdem bestehen noch Lücken im Versicherungsschutz, die geschlossen werden müssen. Insoweit begrüßen wir die Initiativen verschiedener Bundesländer, die entsprechende Verträge mit privaten Versicherungsunternehmen ausgehandelt haben. Solange eine bundesweite Regelung fehlt, bieten die von der BAGSO abgeschlossenen Rahmenverträge zur Gruppenunfall- und Gruppenhaftpflichtversicherung eine günstige Alternative.

Der Staat ist in diesem Bereich außerdem gefordert, für Information und Beratung zu sorgen.¹³ Ehrenamtliches Engagement darf nicht daran scheitern, dass bei den Betroffenen Unsicherheit besteht, ob sie bei ihren Tätigkeiten über einen angemessenen Versicherungsschutz verfügen.

Ausgleich von Aufwendungen

Kosten, die im Rahmen des ehrenamtlichen Engagements anfallen (Fahrtkosten, Telefonkosten, etc.), sollten von den jeweiligen Organisationen erstattet werden. Um Bürokratie zu vermeiden, bietet sich die Zahlung einer angemessenen Aufwandspauschale an. Soweit Aufwendungen nicht erstattet werden, sollten sie steuerlich geltend gemacht werden können. Wir halten dies für gerechter als eine allgemeine steuerfreie Aufwandspauschale, wie sie etwa die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ vorgeschlagen hat.

Im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements ist auch über weitere steuerliche Vergünstigungen nachzudenken. So könnte die Zeitspende, die Ehrenamtliche erbringen, einer Geldspende gleichgestellt werden.

¹³ Zu begrüßen ist insoweit die Herausgabe der Broschüre „Zu Ihrer Sicherheit“ – Unfallversichert im Ehrenamt (Stand: Dezember 2004) durch das BMGS.

Die Sorge um soziale Sicherheit im Rentenalter zwingt junge Menschen häufig dazu, die ihnen zur Verfügung stehende Zeit ausschließlich für die Erwerbstätigkeit einzusetzen. Speziell für Jüngere und für Frauen würde es einen Ausgleich und möglicherweise auch einen Anreiz für ehrenamtliches Engagement darstellen, wenn damit zusätzliche Rentenanwartschaften erworben würden. Zumindest langfristige und zeitaufwändige ehrenamtliche Tätigkeiten sollten pauschal in der Rentenversicherung berücksichtigt werden.

Information, Beratung und Vernetzung

Es muss mehr Information und Beratung über Möglichkeiten und Bedingungen des ehrenamtlichen Engagements geben. Der Staat kann hier selbst aktiv werden oder er kann entsprechende Angebote fördern. Zum Teil muss noch mehr für bereits bestehende Angebote gewonnen werden.

Darüber hinaus bedarf es, wie von der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ gefordert, einer Vernetzung von Akteuren, Organisationen und Institutionen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene. Die Einrichtung und Tätigkeit des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist dazu ein erster Schritt.

Konkretisierung und Umsetzung von Erkenntnissen

Die aus den vorliegenden Erkenntnissen abgeleiteten Empfehlungen müssen Schritt für Schritt in die Praxis umgesetzt werden. Außerdem müssen Erkenntnisse konkretisiert und weiterhin Erfahrungen gesammelt und ausgewertet werden. Schließlich muss Engagementförderung entsprechend einer weiteren Empfehlung der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, als politische Querschnittsaufgabe begriffen werden.

3. Politisches Engagement und gesellschaftliche Interessenvertretung älterer Menschen nutzen und fördern

Die älteren Menschen sind bereit, politische Verantwortung zu übernehmen. Ebenso wie in der Arbeitswelt, braucht die Gesellschaft auch in der Politik das Miteinander der Generationen: Die Erfahrung, die Reife, den größeren Überblick der Alten ebenso wie die Dynamik, die Risikofreude, das Streben nach Veränderung der Jungen. Das politische Engagement der Älteren kommt also nicht nur der eigenen Generation, sondern der gesamten Gesellschaft zu Gute.

Auch die mit dem demografischen Wandel verbundenen Fragen können nur generationenübergreifend gelöst werden. Nur gemeinsam mit den Älteren kann eine ausgewogene Verteilung von Rechten und Pflichten zwischen den Generationen gelingen.

Neben dieser gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, die ältere Menschen vor allem durch ihre Mitwirkung in politischen Parteien, Gewerkschaften, Verbänden oder Bürgerinitiativen wahrnehmen, wollen und sollen Ältere auch Anwälte in eigener Sache sein.¹⁴ Auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen müssen bestehende Anhörungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten besser genutzt und bei Bedarf neue geschaffen werden, damit Ältere ihre Interessen im Hinblick auf Gesundheit, Pflege, Wohnen im Alter, gesetzliche Rente, Besteuerung sowie als Verbraucher selbst vertreten können. Neben den Seniorenverbänden spielen dabei vor allem die Seniorenvertretungen eine wichtige Rolle. Darüber hinaus müssen die insbesondere auf kommunaler Ebene bestehenden Formen der Bürgerbeteiligung wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, Petition, Einwohnerantrag, Foren bzw. „Runde Tische“ verstärkt genutzt werden. Es geht aber auch um die Entwicklung neuer Formen der Beteiligung älterer Menschen.

Auch für das politische bzw. seniorenpolitische Engagement älterer Menschen sind geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. So ist eine nachhaltige finanzielle Unterstützung sicherzustellen; in anderen Staaten gibt es bereits Ansätze einer eigenständigen Förderung seniorenpolitischer Organisationen. Beratung und Qualifizierung müssen als begleitende Maßnahmen gewährleistet sein. Der Bundesaltenplan ist entsprechend der demografischen Entwicklung

¹⁴ Vgl. Abs. 15 der Regionalen Implementierungsstrategie zum 2. Weltaltenplan.

unserer Gesellschaft fortzuschreiben. Schließlich muss gewährleistet sein, dass ältere Migranten als Partner und Experten ihrer eigenen Situation in Entscheidungsprozesse und Gremien einbezogen werden.

Mitwirkung in politischen Parteien

Die Parteien waren in der Vergangenheit zu sehr auf eine Verjüngung ihrer Gremien fixiert. Vor allem die Seniorenorganisationen der politischen Parteien müssen deshalb ihren Einfluss in den Mutterparteien nutzen und ausbauen, um die Mitwirkung Älterer in den Entscheidungsgremien (Vorständen, Parlamenten, etc.) zu ermöglichen. Die Satzungen der Parteien sehen erst zum Teil vor, dass die Vertreter der Älteren an den Sitzungen des Parteivorstands auf Bundes-, Landes- und örtlicher Ebene teilnehmen und nur als direkt gewählte Mitglieder haben sie auch Stimmrecht.

Die Seniorenorganisationen der politischen Parteien müssen geeignete Kandidaten für Ämter und Gremien benennen und diese dann auch bei ihrer Arbeit unterstützen. Damit kann auch sichergestellt werden, dass seniorenpolitische Themen in einem angemessenen Umfang in Parteiprogramme aufgenommen und auf die Tagesordnung von Entscheidungsgremien gesetzt werden.

Die Seniorenorganisationen der politischen Parteien werden aber nur dann eine anerkannt wichtige Rolle in der Politik spielen, wenn sie nicht nur Lobby für eine bestimmte Altersgruppe sind. Sie müssen Verantwortung in den verschiedensten Politikfeldern übernehmen.

Seniorenverbände als politische Akteure

Ältere Menschen haben sich durch die Gründung von Seniorenverbänden ihre eigene Interessenvertretung geschaffen. Durch die Mitwirkung in politisch relevanten Gremien nehmen sie Einfluss auf die Gestaltung der Lebenslage älterer Menschen sowie auf ihr soziokulturelles Umfeld.

Die BAGSO ist als Dachverband von 85 überwiegend bundesweit aktiven Seniorenorganisationen mit insgesamt über 12 Millionen Einzelmitgliedern zur Lobby der Älteren in Deutsch-

land geworden. Bei der Vorbereitung von Gesetzen und Verordnungen, die ältere Menschen betreffen, ist sie daher, ebenso wie die jeweils relevanten Fachverbände, zu beteiligen.

Mitwirkung in Seniorenvertretungen

Die Kompetenz und das Engagement der älteren Generation haben in vielen Städten, Gemeinden und Kreisen zur Gründung von Seniorenvertretungen geführt. Nicht selten mussten sich die Älteren dabei gegen die etablierten kommunalen Räte durchsetzen. Seniorenvertretungen beraten und begleiten die altpolitische Entwicklung sowie die allgemeinen Angelegenheiten in der Kommune. Parteipolitisch und konfessionell unabhängig sind sie eine Form der politischen Interessenvertretung Älterer im vorparlamentarischen Raum. Auf Landesebene sorgen die Landesseniorenvertretungen für eine Koordination und Qualifizierung. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Gewinnung neuer Erkenntnisse im Bereich der politischen Teilhabe älterer Menschen. Wo man den Seniorenvertretungen aufgeschlossen gegenübersteht, sind sie – auf allen politischen Ebenen – zu wichtigen Partnern der öffentlichen Verwaltung in allen Fragen der Seniorenpolitik geworden. In Zusammenarbeit mit anderen Interessengruppen, z. B. den Vertretungen behinderter Menschen, können gemeinsame Anliegen durchgesetzt werden.

Es gibt eine Vielzahl von Modellen, die sich nach ihrer Struktur und nach ihren Mitwirkungsmöglichkeiten, in Stadt und Land und von Bundesland zu Bundesland, unterscheiden. Die BAGSO setzt sich seit langem dafür ein, die Einrichtung von Seniorenvertretungen verbindlich in den Gemeindeordnungen der Länder zu regeln. Art und Umfang der Anhörungs- und Antragsrechte sowie die rechtliche Verzahnung mit den kommunalen Räten entscheiden über ihre Wirkungsmöglichkeiten. Demokratische Strukturen, insbesondere die Konstituierung der Seniorenvertretungen durch Urwahl, fördern die Durchsetzungsfähigkeit und die Motivation derjenigen, die sich in den Seniorenvertretungen engagieren.

Darüber hinaus müssen den Mitgliedern von Seniorenvertretungen – wegen der unterschiedlichen Gemeindeordnungen auf Landesebene – Möglichkeiten der vorbereitenden und begleitenden Qualifizierung angeboten werden. In fachlicher Hinsicht ist zu berücksichtigen, dass Politik für ältere Menschen eine Querschnittsaufgabe ist, die weit über sozialpolitische Themen hinaus reicht. Daneben geht es auch um die Organisation der politischen Arbeit. Die

Nutzung bestehender politischer Einflussmöglichkeiten, wie z. B. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, setzt eine genaue Verfahrenkenntnis voraus.¹⁵

Altenparlamente

Eine ergänzende Funktion können auch die in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern in regelmäßigen Abständen tagenden Altenparlamente übernehmen. Das Altenparlament, dem Vertreter von Senioren-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Kirchen angehören, ist zwar kein gewähltes Parlament und kann auch keine verbindlichen Beschlüsse fassen. Gleichwohl können die Mitglieder des Altenparlaments den Politikern und der Öffentlichkeit deutlich machen, welche politischen Maßnahmen sie, zum Beispiel in den Bereichen Ehrenamt, Gesundheit und Pflege, Verkehr und Mobilität, für notwendig erachten.

Neue Formen der Teilhabe

Die Forderung nach einer Bürgergesellschaft schließt die Entwicklung neuer Formen von Teilhabe an politischen Prozessen auf allen Ebenen – Bund, Land, Kommune – ein. Es entspricht dem Selbstbewusstsein älterer Menschen, dass diese neuen Beteiligungsformen zusammen *mit* ihnen, nicht *für* sie entwickelt werden.

Besonders wichtig ist die Beteiligung älterer Menschen an der Entwicklung, Planung und Durchführung von auf sie bezogenen Angeboten und Diensten. Diese Beteiligung der Nutzer ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Angebote den Erwartungen der Älteren entsprechen. Zum einen geht es um die unmittelbare Einbindung von Nutzern bzw. ihrer Angehörigen. Ein Beispiel ist die Bildung von Heimbeiräten, deren Mitglieder die Interessen und Belange der Bewohnerinnen und Bewohner vertreten (§ 10 HeimG). Zum anderen sollen die Nutzer befähigt werden, die eigenen Interessen besser zu erkennen und zu artikulieren. So führt die BAGSO z. B. regelmäßig Befragungen Älterer zu verbraucherrelevanten Themen durch. – In beiden Feldern gibt es noch erhebliche Lücken.

¹⁵ Zu den Voraussetzungen einer effektiven Arbeit von Seniorenvertretungen siehe ausführlich Frerichs/Rosendahl/Kauss/Dettbarn-Reggentin/Reggentin, Perspektiven der politischen Beteiligung älterer Menschen, 2001.

Schlussbemerkung

Die Auswirkungen des demografischen Wandels werden sich erst in den kommenden Jahrzehnten entfalten. Die damit verbundenen Herausforderungen können aber nur bewältigt werden, wenn gleichzeitig die Chancen der gesellschaftlichen Alterung genutzt werden. Insbesondere muss es gelingen, die älteren Menschen in alle gesellschaftlich relevanten Lebensbereiche aktiv einzubinden. Dazu können Bund, Länder und Kommunen maßgeblich beitragen, indem sie Bedingungen schaffen, die Ältere ermutigen, sich zu engagieren – in der Familie, in der Nachbarschaft, in der Kirche, in der Kommune, in Vereinen oder in anderen Strukturen.

Viele der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen kosten Geld. Aber sie fördern die Selbständigkeit älterer und behinderter Menschen und das spart Mittel, die andernfalls für die Versorgung und Betreuung aufgebracht werden müssen. Und sie ermöglichen und fördern das freiwillige Engagement älterer Menschen in verschiedenen Bereichen. Vor allem im sozialen Bereich sind wir bereits heute auf dieses Engagement angewiesen; dies wird sich durch die demografische Entwicklung noch verstärken. Die Gewährleistung der Integration und Teilhabe älterer Menschen ist daher nicht nur sozialpolitisch, sondern auch gesellschaftspolitisch notwendig.

Anhang

An den Foren zur gesellschaftlichen Integration und Teilhabe älterer Menschen haben sich folgende BAGSO-Verbände beteiligt:

- Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus
- BegegnungsCentrum - Haus im Park der Körber-Stiftung
- Büro gegen Altersdiskriminierung
- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB (BRH)
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen (BAG LSV)
- Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS)
- Bundesforum Katholische Seniorenarbeit (BfKS)
- Bundesinteressenvertretung und Selbsthilfeverband der Bewohnerinnen und Bewohner von Altenwohn- und Pflegeeinrichtungen e.V. (BIVA)
- Bundesverband Gedächtnistraining e.V.
- Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V.
- Deutsche Landsenioren e.V. (DLS)
- Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband. e.V.
- Deutscher Bundeswehr-Verband e.V. (DBwV)
- Deutscher Evangelischer Frauenbund e.V.
- Deutscher Turner-Bund (DTB)
- Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e.V. (DVBS)
- Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD (EaFA)
- Evangelisches Seniorenwerk (ESW)
- Forschungsinstitut Geragogik
- Forum für Gemeinschaftliches Wohnen, Bundesvereinigung e.V.
- Gesellschaft für Gehirntaining e.V. (GfG)
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
- GREENPEACE-TEAM fünfzig PLUS
- Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
- JAHRESRINGE - Gesamtverband
- Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE)
- Kolpingwerk Deutschland
- komba-gewerkschaft
- Kommunikationsgewerkschaft DPV
- Lange aktiv bleiben (LAB) - Lebensabend-Bewegung
- Liberale Senioren Lis@
- Misereor – Initiative "einfach anders altern"
- NaturFreunde - Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus; Sport und Kultur
- Senior Experten Service (SES)
- Seniorenarbeitsgemeinschaft der PDS
- Senioren Union der CDU
- Seniorenvereinigung des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschlands e.V. (CJD)
- Sozialverband VdK Deutschland e.V.
- Sozialwerk Berlin e.V.
- Vegetarier-Altenselbsthilfe e.V. (VAH)
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
- Virtuelles und reales Lern- und Kompetenz-Netzwerk für ältere Erwachsene (VILE) e.V.
- Volkssolidarität Bundesverband e.V. (VS)

Darüber hinaus waren u. a. folgende Institutionen vertreten:

- Bertelsmann Stiftung
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
- Bundesverband für Rehabilitation und Interessenvertretung Behinderter e.V. (BDH)
- Deutsche Gesellschaft zur Förderung der Forschung im Alter e.V.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
- Deutsches Zentrum für Altersforschung (DZFA), Universität Heidelberg
- Fachhochschule Osnabrück
- Institut für Psychogerontologie, Universität Nürnberg-Erlangen
- ISAB-Institut Köln
- ISIS – Institut für Soziale Infrastruktur, Frankfurt am Main
- Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA)
- sowie die Seniorenvertretungen zahlreicher Länder und Kommunen